

berlin-report

informationen der schleswig-holsteinischen bundestagsabgeordneten

Juli 2012

Ingrid geht nach Kiel - Arfst kommt nach Berlin!

Ingrid Nestle wird unter der neuen Koalition in Kiel Staatssekretärin im Ministerium für Energiewende, Umwelt, Landwirtschaft und Ländliche Räume. Für Sie rückt Arfst Wagner in den Bundestag nach.

Liebe Leserinnen und Leser, am 13. Juni habe ich mein Bundestagsmandat niedergelegt und bin als zuständige Staatssekretärin für die Energiewende nach Kiel gewechselt. Dort werde ich so wichtige Baustellen wie den Netzausbau in Schleswig-Holstein vorantreiben. Ich freue mich sehr auf die neue Herausforderung, und möchte Euch allen nochmal danken, denn nur dank Euch durfte ich mich als Bundestagsabgeordnete in Berlin um die Energiewende kümmern. Meinem Nachrücker Arfst Wagner wünsche ich alles Gute und viel Erfolg! **Eure Ingrid**



Bild: Stefan Kaminski

Valerie Wilms: „Ich bin zuversichtlich, dass diese neue Regierung das Zeug hat, um das Land wesentlich voran zu bringen. Ich wünsche vor allem den Grünen in der Regierung viel Erfolg. Wir haben gut vorgelegt, aber die richtige Arbeit geht jetzt erst los. Die Aufgaben in Verantwortung unterscheiden sich entscheidend von der Arbeit in der Opposition. Wachsende Ansprüche und Aufgaben mit weniger Mitteln – dazu wird viel Kraft und Ausdauer gebraucht. Das wird nicht immer ein großer Spaß sein und es wird dabei auch zu Konflikten kommen. Das ist normal, das ist Demokratie und wir werden engagiert, offen und fair bleiben. Hier im Bundestag will ich Schleswig-Holstein mit ganzer Kraft unterstützen. Ich habe gerne mit Ingrid im Bundestag

gearbeitet, wünsche ihr viel Glück und bin gespannt auf die Impulse von Arfst. Packen wir es an!“ **Eure Valerie**

Arfst Wagner: „Als Nachrücker für Ingrid Nestle habe ich am 18.06. offiziell meine Arbeit als Bundestagsabgeordneter aufgenommen. Jetzt bin noch dabei, meine Arbeitsstrukturen aufzubauen. Ich freue mich darauf, hier in Berlin, aber auch möglichst viel vor Ort in Schleswig-Holstein Grüne Politik mit Euch zusammen machen zu dürfen. Und ich weiß,

wem ich das zu verdanken habe. Deshalb ein großer Dank an Euch alle für Euren Vorschuss an Vertrauen!“

Euer Arfst. Erreichen könnt Ihr mich unter: arfst.wagner@bundestag.de

Konstantin von Notz: Nachdem die Kieler Koalitionsverhandlungen abgeschlossen und die parlamentarische Sommerpause, die diesmal aufgrund der Entwicklungen in Europa keine wirkliche sein wird, zumindest auf dem Papier begonnen hat, genieße und nutze ich die kurze Verschnaufpause. Durch Ingrids neue Aufgabe in Kiel gibt es auch einen persönlichen Wechsel innerhalb der Gruppe der schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten: „Ich freue mich Arfst als neuen Kollegen in Berlin begrüßen zu können und wünsche Ihm viel Spaß und Erfolg bei der parlamentarischen Arbeit. Ingrid, wünsche Ich an dieser Stelle alles Gute für die Umsetzung der spannenden und großen Aufgabe, die nun als Staats-



sekretärin für die Energiewende vor Ihr liegt.“ Ich danke Dir für die tolle, immer kollegiale Zusammenarbeit, liebe Ingrid! Und ich freue mich auf eine ebenso tolle und produktive Zusammenarbeit mit Arfst.

Euer Konstantin



Diese Schicksale sind weit weg, aber sie gehen uns direkt an, denn wir sind Mitverursacher.

Um so mehr hoffe ich, in meiner neuen Funktion als Staatssekretärin in Schleswig-Holstein aktiv zu gestalten, was in Berlin ins Stocken geraten ist. Wir haben nicht mehr viel Zeit, die Weichen richtig zu stellen. Wir brauchen den Ausbau der erneuerbaren Energien genauso wie die Energieeffizienz, den Ausbau der Netze genauso wie Lastmanagement und Speicheranbindungen, das Energiesparen und die Beteiligung vieler Bürger am großen Ganzen. Wir brauchen also ein demokratisches und kohärentes System von Einspeisung und Verbrauch – aber auch einen Augenmerk auf die Energiekosten.

Energiewende besteht Kältetest

Liebe Leserinnen und Leser, in meinem ersten Berlinreport vor knapp

drei Jahren hatte ich noch geschrieben: „Aber noch ist nicht alles verloren! Denn Union und FDP wissen nicht, was sie wollen. Widerstand lohnt sich!“ Dabei ging es mir um die Laufzeitverlängerung. Es ist furchtbar, dass erst aufgrund des schrecklichen Unfalls in Fukushima die Abkehr vom Atomstrom beschlossen wurde. Und

auch wenn die Regierung in einigen kleineren Punkten zum Beispiel beim Netzausbau inzwischen näher an unsere Forderungen herangerückt ist, muss ich leider sagen, dass das Wort „Energiewende“ für die Beschlüsse aus Berlin nicht angemessen ist. Viel ist nicht passiert außer der Rückkehr zu Restlaufzeiten, die rot-grün schon 10 Jahre früher beschlossen hatte. So ist nach den Erfahrungen der letzten Jahre von der Bundesregierung gerade nicht viel zu erwarten – ich hoffe ehrlich, dass sie besser wird.

Denn mittlerweile wird mancher

Ruf nach neuen Kohlekraftwerken immer lauter. Diese würden unsere Klimaziele unerreicht machen. Dabei sterben schon heute Menschen an den Folgen des Klimawandels – oder werden von ihren fruchtbaren Äckern in die Slums der Städte vertrieben wie zum Beispiel in Bangladesch, wo der Anstieg des Meeresspiegels viel Land verschlingt und verschlingen wird.



Denn schlau gemacht ist die Energiewende ohne wesentliche Kostensteigerungen umsetzbar. Die Strompreise werden mittelfristig sogar deutlich günstiger sein als mit einer fossilatomaren Versorgung. Zusätzlich werden große Summen an Folgekosten für Umweltschäden vermieden. Aber die Energiewende kann je nach Technologiepfad relativ teuer oder sehr kostengünstig sein. Gerade wir, die wir mit ganzem Herzen für die Energiewende kämpfen, müssen auch darauf achten, dass die Übergangskosten in das neue System nicht unnötig hoch sind.

Auf weiterhin gute Zusammenarbeit Eure Ingrid



Ingrid Nestle,
Sprecherin für
Energiewirtschaft
Bündnis 90/Die Grünen



Ist der Euro zu retten?

Die Krise will einfach kein Ende nehmen. So oder so wird sie für Deutschland teuer – aber sie kann die Chance für eine echte europäische Integration sein.

von Valerie Wilms

Die Krise in Europa ist für viele Menschen in Deutschland erstaunlich weit weg. Krise? Das klingt nach Griechenland oder Spanien, aber nicht nach brum-

Einlagen aufkommen. In diesem Szenario hätte Deutschland massive Verluste – und den Euro gäbe es auch nicht mehr. Es wäre sehr fraglich, was

päische Institutionen, die tief in nationale Kompetenzen eingreifen. Gemeinsame Staatsanleihen werden hierzu gehören müssen, selbst wenn Deutschland damit für die Schulden der anderen einstehen muss.



Bild: pixelio.com/ M.Großmann

Egal wie man es dreht: Deutschland wird zahlen müssen. Deswegen müssen wir den Weg gehen, bei dem wir nicht nur den Euro erhalten, sondern auch die Vereinigten Staaten von Europa bekommen.

memdem Export hierzulande. Nur: Diese Stabilität ist äußerst fragil. Unser Export hängt an den Ländern, die gerade in der Krise stecken. Fast zwei Drittel der deutschen Exporte gehen in die EU. Der für uns günstige Euro ist maßgeblich für den Boom und gleichzeitig Ursache für die Probleme in vielen anderen Ländern. Wir sind auf stabile Nachbarn angewiesen.

Mit der Krise ist Deutschland im Stabilitätsmechanismus Verbindlichkeiten für fast 400 Milliarden Euro eingegangen. Das ist verdammt viel. Viele lehnen das ab, weil sie befürchten, dass Deutschland damit für die Probleme in anderen Ländern Europas zahlen muss. Was dabei vergessen wird: Auch ohne die Zusagen im Stabilitätsmechanismus haftet Deutschland. Bereits seit 2007 bürgt die Bundesbank im sogenannten TARGET2-Transfersystem für über 600 Milliarden Euro. Bricht eine europäische Volkswirtschaft oder gar der Euro zusammen, müsste Deutschland für diese

von der Europäischen Union übrig bliebe.

Der Euro war der erste Schritt zum vereinigten Europa. Wir sind heute stärker verbunden, als uns oft bewusst ist, leben und arbeiten täglich über Grenzen hinweg. Das alles würden wir verlieren und wieder in Zeiten der Nationalstaaten zurück fallen. Bezahlen müssten wir trotzdem. Auch mir graust es vor den Summen im Stabilitätsmechanismus und auch ich finde den Fiskalpakt schlecht konstruiert. Eine Ablehnung solcher Maßnahmen sendet aber nur ein einziges Signal: Europa kämpft nicht um seine Währung und lässt sich gegenseitig fallen.

Wir müssen den Weg zu einem vereinten Europa weiter gehen, um den Zusammenbruch des Euro zu vermeiden. Dazu gehört die Integration der Finanz- und Wirtschaftssysteme mit deutlich mehr Macht für demokratisch auf europäischer Basis legitimierte euro-


Mit einem gewählten Kommissionspräsidenten, einem starken Europäischen Parlament und dem Rat als Länderkammer. Die Zeit ist knapp. Fachleute sprechen von wenigen Monaten, die uns noch bleiben. Wir brauchen jetzt verbindliche Signale, dass wir dieses vereinigte Europa wollen. Ich möchte es lieber heute als morgen haben.



Dr. Valerie Wilms
Sprecherin für Bahnpolitik,
Nachhaltigkeitsbeauftragte
und Berichtersteratterin für
Maritime Politik
Bündnis 90/Die Grünen

Wahlkreisbüro Wilms
Damm 48, 25421 Pinneberg
Telefon 04101 553985
Telefax 04101 553986
valerie.wilms@wk.bundestag.de

Berliner Büro
Platz der Republik 1, 10117 Berlin
Telefon 030 227-71682
Telefax 030 227-76289
valerie.wilms@bundestag.de

 www.valerie-wilms.de

Koalitionsverhandlungen in Schleswig-Holstein:

Vor wenigen Wochen haben wir in Schleswig-Holstein die Koalitionsverhandlungen mit SPD und SSW abgeschlossen – mit einem aus grüner Sicht sehr erfreulichem Ergebnis: Im Bereich der Innen-, Rechts-, Justiz-, Migrations- und der Medien- und Netzpolitik konnten wir zahlreiche unserer Forderungen durchsetzen.



Insgesamt haben wir einen, das haben auch die Verhandlungen in anderen Bundesländern gezeigt, sehr progressiven, liberalen und in vielen Bereichen zukunftsweisenden Koalitionsvertragsaushandeln können: Ob beim Versammlungsfreiheitsgesetz, das Demonstrationen nicht mehr als Gefahr, sondern als Ausübung eines Grundrechts begreift, bei der Kennzeichnung von Polizeibeamtinnen und der Schaffung eines unabhängigen Beauftragten für Konfliktfälle außerhalb und innerhalb der Polizei, bei der deutlichen Absage an Vorratsdatenspeicherungen und dem heimlichen Infiltrieren und



Ausspionieren unserer Computer, bei der verbesserten Rechtsextremismusbekämpfung und Aufarbeitung der NS-Vergangenheit Schleswig-Holsteins, ob bei der Abschaffung der unsäglichen Extremismusklausel der Bundesfamilienministerin oder der Absenkung des Wahlalters bei Landtagswahlen auf 16 Jahre, einer ver-

besserten Migrationssozialberatung oder der Etablierung einer tatsächlichen Willkommenskultur für Flüchtlinge in unserem Land, ob bei der Absage an die inhumane Praxis der Abschiebehaft oder der Etablierung menschenrechtswürdiger Bleiberechtsregelungen, ob bei der Etablierung eines allgemeinen Wahlrechts für Ausländer bei Kommunal- und Landtagswahlen oder einer verbesserten Bürgerbeteiligung insgesamt, ob bei dem Ausbau einer tatsächlichen Breitbandinternetinfrastruktur oder der Etablierung eines Open-Data-Portals für Schleswig-

Holstein – insgesamt atmet der Koalitionsvertrag ein neues, freiheitliches und an unseren Bürgerrechten orientiertes, grünes Politikverständnis. Nun heißt es, die einzelnen Punkte des Koalitionsvertrages mit Leben zu füllen und Punkt für Punkt umzusetzen. Wir haben nun die große Chance Schleswig-Holstein in den nächsten Jahren gemeinsam zu einem wirklich progressiven, bürgerrechtsfreundlichen und offenen Land zu machen.



*Dr. Konstantin von Notz,
Innen- und Netz-
politischer Sprecher
Bündnis 90/Die Grünen*

Weitere Informationen zu mir und meiner Arbeit, aktuelle Pressemitteilungen und Veranstaltungshinweise finden sich wie immer unter: www.von-notz.de



Wahlkreisbüro von Notz
Marktstraße 8, 23879 Mölln
Telefon 04542 830700
Telefax 04542 9854886
Konstantin.notz@wk.bundestag.de

Berliner Büro
Platz der Republik 1, 10117 Berlin
Telefon 030 227-72122
Telefax 030 227-76822
konstantin.notz@bundestag.de

 www.von-notz.de